

Straftäter weiter flüchtig

Kontrollgremium nimmt Arbeit auf

Rehburg. Nach der ersten Entweichung aus dem niedersächsischen Maßregelvollzug in diesem Jahr ist der entkommene Straftäter weiter auf der Flucht. Es gebe keine Spur von dem 28-Jährigen, sagte ein Polizeisprecher am Donnerstag. Der unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte Mann war am Mittwoch aus dem Maßregelvollzug in Rehburg (Landkreis Nienburg) entwichen. Wegen einer Suchterkrankung war er dort und nicht im Gefängnis untergebracht.

In den Jahren 2015 und 2016 waren nach Angaben des Sozialministeriums jeweils 15 Personen aus dem Maßregelvollzug entwichen. Die Betroffenen hätten zumeist Vollzugslockerungen genutzt, um zu entkommen, sagte eine Sprecherin. Alle Entwichenen wurden wieder gefasst.

Massive Kritik an den Lockerungen hatte es gegeben, nachdem ein Patient des Maßregelvollzugs in Rehburg während eines Ausgangs im April 2015 eine 23-Jährige getötet haben soll. Der Mordprozess läuft derzeit vor dem Landgericht Verden. 2016 war unter den Entkommenen auch ein verurteilter Mörder, der sich bei einem Ausgang aus dem Maßregelvollzug in Moringen (Landkreis Northeim) absetzte.

Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) hatte nach weiteren Entweichungen Mitte 2016 Reformen im Lockerungs-System und die Einrichtung einer zusätzlichen Kontrollinstanz angekündigt. Sie solle die von Gutachtern empfohlenen Lockerungen für Schwerverbrecher im Maßregelvollzug prüfen und auch ablehnen können. Das Gremium werde seine Arbeit in Kürze aufnehmen, sagte ein Ministeriumssprecher.

Auch der jetzt in Rehburg entkommene 28-Jährige hatte Lockerungen erhalten. So durfte er in begleiteten Gruppen das Anstaltsgebäude verlassen. Am Mittwoch hatte er Dreckwäsche in den Keller gebracht. Er nutzte dies, um durch eine Rettungstür zu entkommen. DPA

AUSZUGSDRUCKER ALS URINAL

Fahndung nach Obdachlosem

Celle. Nach der Pinkelattacke auf einen Kontoauszugsdrucker in einer Celler Bankfiliale fahndet die Polizei nach einem amtsbekannten Obdachlosen. Der gesuchte 41-Jährige sei noch nicht gefunden worden, so die Polizei am Donnerstag. Der Mann hatte den Drucker abends als Urinal missbraucht und dadurch zerstört. Polizisten erkannten den Mann auf der Videoaufzeichnung aus dem Bankvorraum, der Grund für sein Tun ist offen. Der Schaden wegen des erforderlichen Austausches des Druckers belaufe sich auf 5500 Euro, sagte die Sprecherin der Sparkasse Celle. Ab und zu komme es zu Vandalismus in den Selbstbedienungsbereichen der Filialen. „Aber so ein Fall ist uns noch nicht untergekommen.“ DPA

WAHL-WIEDERHOLUNG

648 Hamelner aufgerufen

Hamel. Ein Teil der Kommunalwahl 2016 in Hameln wird am Sonntag wiederholt. Nach einer Panne bei der Wahl am 11. September hatte der neue Stadtrat beschlossen, dass die Bürger im Bezirk 22 noch einmal in die Wahlkabinen gerufen werden. Auf den Stimmzetteln des Bezirks war damals die AfD fälschlicherweise nicht aufgeführt gewesen. Theoretisch könnte die AfD nach der Wahlwiederholung nun einen Sitz im Rat hinzugewinnen. Wahlberechtigt sind 648 Bürgerinnen und Bürger. Die Stadtverwaltung rechnet mit einer eher geringen Wahlbeteiligung, sagte ein Sprecher am Donnerstag. Darauf lasse auch das bisher kaum vorhandene Interesse an der Briefwahl schließen. DPA

TERRORVERDÄCHTIGE

Ermittler werten Geräte aus

Göttingen. Eine Woche nach der Festnahme von zwei Terrorverdächtigen in Göttingen ist die nähere Zukunft der Männer noch offen. Es werde weiter geprüft, ob der 22-Jährige Algerier und der 27-jährige Algerier abgeschoben werden sollen, sagte ein Polizeisprecher in Göttingen am Donnerstag. Die Auswertung der sichergestellten elektronischen Geräte und Speichermedien sowie die Untersuchung der beschlagnahmten Waffen seien noch nicht abgeschlossen. Die Polizei hatte die Verdächtigen am Donnerstag vergangener Woche bei einer Großrazzia in Göttingen festgenommen. Sie sollen einen Terroranschlag geplant haben. DPA

FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT

Razzia mit Drogenspürhunden

Celle. Etwa hundert Beamte haben am Donnerstag in Celle eine Flüchtlingsunterkunft in einer ehemaligen Kaserne umstellt und durchsucht. Ziel der Aktion war es, fünf Haftbefehle wegen einer geplanten Abschiebung und eine Durchsuchung zu vollstrecken, sagte eine Sprecherin der Polizei. Den angetroffenen Personen droht nun die Abschiebung in ihr Heimatland. Zusätzlich wurde bei zehn weiteren gesuchten Menschen der Aufenthaltsort ermittelt und an die zuständigen Behörden weitergegeben. Bei der Durchsuchung fanden die Beamten mithilfe von Drogenspürhunden geringe Mengen Betäubungsmittel. DPA

Diesel-Autos drohen Fahrverbote

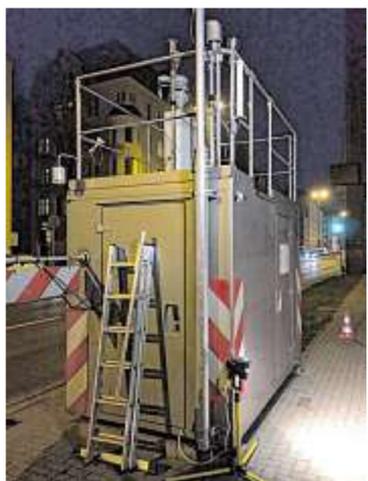
Umweltdezernat denkt über Straßensperren nach

VON PETER MLODOCH

Hannover. Es schädigt die Atemwege und kann Herz-Kreislauf-Krankheiten auslösen: Stickstoffdioxid. Vor allem Asthmatikern und Allergikern macht das ätzende Reizgas schwer zu schaffen. Auch Pflanzen, Böden und Grundwasser leiden. Doch die Städte kommen bei ihrem Mühen für reinere Luft nur schleppend voran. Jetzt drohen möglicherweise Fahrverbote für Diesel-Autos und Lastwagen, die als Hauptverursacher für die Schadstoffemissionen gelten. In Hannover denkt das Umweltdezernat schon über einzelne Straßensperren nach.

In der niedersächsischen Landeshauptstadt wurde 2016 der zulässige Jahresgrenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter erneut weit überschritten. Ergebnisse im dreistelligen Bereich sind in der Mess-Station an der viel befahrenen Göttinger Chaussee gerade während der Rushhour keine Seltenheit. Auch Oldenburg, Osnabrück, Hildesheim und Hameln rissen wie schon im Vorjahr die von der EU gesetzte Marke. In Bremen herrschte ebenfalls dicke Luft: Die Hansestadt verzeichnete 41 Mikrogramm Stickstoffdioxid. Bundesweiter Schmutz-Spitzenreiter war Stuttgart, dort wurden 82 Mikrogramm registriert.

Eine leichte Besserung gegenüber 2015 vermeldet dagegen Andreas Hainsch, der Leiter des beim Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim angesiedelten Lufthygienischen Überwachungssystems, für Göttingen und Braunschweig. „Die haben 2016 mit genau 40 Mikrogramm eine Punktlandung hingelegt.“ Nicht ausgeschlossen sei allerdings, dass diese beiden Städte in diesem Jahr wieder in die Sünderliste zurückkehren könnten.



Die Mess-Station an der viel befahrenen Göttinger Chaussee. FOTO: PETER MLODOCH

ten. Anders als in früheren Jahren bereiten in Niedersachsen aber Feinstaub und Ozon keine Probleme mehr.

Die von den Diesel-Abgasen betroffenen Kommunen arbeiten derzeit an neuen „Luftreinhalteplänen“. Denkbar sind diverse Maßnahmen, um die Stickstoffdioxid-Belastung an den „Hot Spots“ zu senken: etwa die Umrüstung der städtischen Busflotten auf Elektroantrieb oder mehr „grüne Wellen“, um den Schadstoffausstoß beim Bremsen und Beschleunigen zu vermindern. Aber auch drastischere Mittel sind im Gespräch: Fahrverbote, das partielle Sperren von Strecken, eine City-Maut. Hannovers Umweltdezernat berechnet bereits, wie und wohin der Ausweichverkehr fließen würde, wenn man die enge, vierspurige Marienstraße am Rande des Zentrums dicht macht.

Von generellen Fahrverboten hält Niedersachsen grüner Umweltminister Stefan Wenzel nicht viel. „Das ist nicht zielführend.“ Der Ressortchef setzt vielmehr auf Investitionen in eine technische Reduktion von Schadstoffen und fordert vom Bund dafür jährlich eine halbe Milliarde Euro Fördermittel. Damit könnten die Kommunen ihre Busse modernisieren, Carsharing-Projekte vorantreiben und Taxi-Unternehmen zum Umstieg auf Elektro- oder zumindest Hybrid-Autos bewegen.

Letztes Mittel: Blaue Plakette

Sollte dies alles nichts fruchten, kommt für Wenzel als letztes Mittel freilich auch eine „blaue Plakette“ in Betracht, die nur noch saubere Diesel-Fahrzeuge nach der Euro-6-Norm in die städtischen Umweltzonen hineinlassen würde. Sein in Niedersachsen für Verkehr zuständiger SPD-Kabinettskollege Olaf Lies lehnt wie Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) den neuen Aufkleber allerdings kategorisch ab. „Über alle anderen klugen Vorschläge können wir immer gern reden“, betont ein Lies-Sprecher. Wenzel mahnt derweil die große Koalition in Berlin, sich endlich auf geeignete Schritte zu einigen und das wichtige Thema nicht über die Bundestagswahl im September zu verschleppen. „Der Bund darf die Kommunen bei der Lösung der Probleme nicht im Stich lassen.“

Die Zeit drängt. Zwar ist Niedersachsen laut Umweltministerium dank einer Fristverlängerung nicht wie Bremen, Hamburg, Hessen oder Baden-Württemberg vom laufenden Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland betroffen. Erfolgreiche Klagen von betroffenen Anwohnern und Umweltorganisationen gegen die gesundheitsschädliche Luft sind aber nicht ausgeschlossen. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat jüngst die nordrhein-westfälische Hauptstadt verdonnert, angesichts der hohen Stickstoffdioxid-Verschmutzung auch die Einführung von Streckenverbots zu prüfen. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

Die Unis sind bei Plagiaten wachsam

Software soll Betrügereien aufspüren – Hochschulen setzen zunehmend auf Prävention

VON PEER KÖRNER

Hannover. An den niedersächsischen Universitäten fallen nur wenige Studenten mit Plagiaten auf. Doch ab und an wird Fehlverhalten bei Semester-, Bachelor- oder Masterarbeiten entdeckt, auch Doktorarbeiten oder eine Habilitation können betroffen sein. Nach einer Umfrage nutzen Hochschulen entsprechende Software, doch vor allem setzen sie auf Betreuung und Prävention.

Das Wissenschaftsministerium hat 2014 mit den Hochschulen neue Leitlinien zur Promotion verankert. Sie sollen hohe Qualitätsstandards und eine gute Begleitung sicherstellen. „Mit den Leitlinien werden eine höhere Transparenz und Verbindlichkeit der Promotionsverfahren garantiert“, sagte Ministeriumssprecher Jan Haude in Hannover. Nach einer Ergänzung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes können die Hochschulen von Prüflingen zudem seit Anfang 2016 eine Versicherung an Eides statt verlangen, dass die Leistung selbstständig und ohne unzulässige fremde Hilfe erbracht wurde. Zur zahlenmäßigen Entwicklung von Plagiatsfällen liegen keine Informationen vor.

„Im Bereich Promotionen ist in den letzten zwei Jahren an der Leibniz Universität kein Fall von Aberkennung bekannt“, sagte Sprecherin Mechthild von Münchhausen in Hannover. Die Uni lege besonderes Augenmerk auf die Betreuung. Von der öffentlichen Diskussion sensibilisiert, wurde 2012 eine Plagiatssoftware angeschafft. Die Qualität der Doktorandenausbildung sei schon zuvor im Fokus gewesen. Der Uni gehe es nicht um „Erwischen“, sondern um „Verhindern“, betonte von Münchhausen. Bei Bachelor- und Masterarbeiten nutzten die meisten Lehrenden die zur Verfügung gestellten Programme bei Verdachtsfällen, einige überprüften systematisch alle eingereichten Arbeiten. „Daten zur Nutzung liegen uns jedoch nicht vor und werden von den Fakultäten nicht erhoben.“

„In den letzten zwei Jahren hatten wir keine Plagiatsfälle im Bereich von Dissertationen“, sagte Leuphana-Sprecher Henning Zühlendorf in Lüneburg. „Wir sorgen zudem im sogenannten teilstrukturierten Promotionsstudium ohnehin für eine intensive Betreuung des akademischen Nachwuchses.“ Bei Hausarbeiten sowie Bachelor- und Master-Arbeiten sei es vereinzelt zu Plagiatsversuchen gekommen, eine Zunahme sei nicht zu beobachten. Den Prüfern steht eine Plagiatssoftware zur Verfügung.

An der Universität Osnabrück gab es von 2012 bis 2016 insgesamt elf gemeldete Verdachtsfälle von sogenannten wissenschaftlichen Fehlverhalten, sagte Pressesprecher Ulf Lederbogen. Daraus ergaben sich zwei bestätigte Fälle bei einer Habilitationsschrift und einer Promotion. Wenn Prüfer bei Bachelor- oder Masterarbeiten einen Verdacht haben, können sie eine uninterne Software einsetzen. „Diese Möglichkeit wird konsequent genutzt“, so Lederbogen. Sehr wichtig seien der Universität Präventionsmaßnahmen, betonte auch er. „Jeder Dozent und Prüfer ist angehalten, seinen Studierenden Empfehlungen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis zu geben.“ Bereits 1999 habe der Senat Richtlinien herausge-



Warten auf Besuch

Nach einem Wasserschaden und fünf Wochen Zwangspause kann die Seehundstation in Norden-Norddeich wieder Besucher empfangen. Die Renovierungsarbeiten seien nach einem aufwendigen Trocknungsprozess fast abgeschlossen, sagte Sta-

tionsleiter Peter Lienau am Donnerstag. Derzeit werden 21 Seehund-Jungtiere und vier junge Kegelrobben in der Anlage aufgezogen. Jährlich kommen zwischen 80 und 150 verwaiste Seehunde und vereinzelt Kegelrobben in die Anlage. TEXT: DPA/FOTO: DPA

Asylbewerber zu Haft verurteilt

Hannover. Das Amtsgericht Hannover hat einen Asylbewerber zu einem Jahr und neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt, weil er unter vier falschen Identitäten Geld kassiert hat.

Wie das Gericht am Donnerstag urteilte, stellte der 28-Jährige bei vier Städten unter erfundenen Namen Asylanträge und bezog zu Unrecht Unterstützung in Höhe von 33.500 Euro. Von drei weiteren ihm vorgeworfenen Taten wurde der Mann freigesprochen. Das Gericht hielt dem Mann in der Urteilsbegründung nicht nur den für die Allgemeinheit angerichteten Geldschaden vor. Außerdem habe er anderen Flüchtlingen mit seinem Verhalten das Leben schwer gemacht, weil die Kommunen unnötigerweise Wohnraum für die erfundenen Asylbewerber bereitstellen mussten.

In einem ähnlichen Fall hatte das Gericht vor Kurzem bereits einen Asylbewerber zu einem Jahr und neun Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Zudem muss der 25-jährige Sudanese 200 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Der Mann hatte gestanden, mit Mehrfachidentitäten 21.700 Euro ergaunert zu haben. Er habe mit dem Geld seine erkrankten Eltern in der Heimat unterstützen wollen und dazu bei den Behörden in mehreren Städten verschiedene Identitäten angegeben, hatte der 25-Jährige im Prozess über seinen Anwalt erklären lassen.

Der Prozess war der erste in Niedersachsen nach Bekanntwerden von mehr als 300 Verdachtsfällen, in denen sich Flüchtlinge Unterstützung mit Mehrfachidentitäten erschlichen haben sollen. Laut Innenministerium hat es in Niedersachsen flächendeckend solche Fälle gegeben. Der Gesamtschaden wird auf mehrere Millionen Euro geschätzt. Wie viele genau, wisse er nicht, hatte Boris Pistorius im Landtag gesagt. Nach seinem Kenntnisstand gebe es kein Bundesland, das eine Statistik über Verdachtsfälle von Sozialleistungsbetrug führe, so Innenminister Pistorius weiter. DPA

Blick in das Audimax der Leibniz Universität Hannover, die nach eigenen Angaben besonderes Augenmerk auf die Betreuung der Studierenden legt. FOTO: DPA

